Botschaft

des

Bundesrates an die Bundesversammlung über die Gewährleistung
des abgeänderten § 72 der Verfassung des Kantons Luzern.

(Vom 3. Dezember 1941.)

Herr Präsident!

Hochgeehrte Herren!

An der Volksabstimmung vom 7. September 1941 haben die Stimmberechtigten des Kantons Luzern mit 5200 gegen 1431 Stimmen das am 13. Mai 1941 vom Grossen Rate beschlossene Gesetz über Abänderung des § 72 der Staatsverfassung angenommen. Mit Dekret vom 24. November 1941 hat der Grosse Rat dieses Verfassungsgesetz mit dem Vorbehalt der bundesrechtlichen Genehmigung in Kraft erklärt. Der Regierungsrat des Kantons Luzern ersucht nun um die eidgenössische Gewährleistung der abgeänderten Verfassungsbestimmung.

Der bisherige und der neue Verfassungstext lauten wie folgt:

Bisheriger Text:

Die in kantonalen Angelegenheiten Stimmberechtigten wählen jeweilen an dem gleichen Tage, an welchem die Neuwahl der Amtsgerichte erfolgt, die Amtsstatthalter für eine Amtsdauer von vier Jahren mit Amtsantritt auf 1. Juli.

Für das Amt Luzern wird in gesonderten Wahlkörpern für die Abteilungen Luzern-Stadt und Luzern-Land je ein Amtsstatthalter gewählt.

Neuer Text:

(Abs. 1 unverändert.)

Im Amt Luzern werden in gesonderten Wahlkörpern für die Abteilungen Luzern-Stadt zwei und die Abteilung Luzern-Land ein Amtsstatthalter gewählt, die sich ausschliesslich dem Amte zu widmen und im Verhinderungsfalle gegenseitig zu vertreten haben. Ist in einer Abteilung ein dauerndes Bedürfnis vorhanden, so

Bisheriger Text:**Neuer Text:**

wird der Grosse Rat auf den Antrag des Regierungsrates auf dem Dekretswege die Stelle eines weitem Amtstatthalters schaffen. Fällt diese Voraussetzung dahin, so wird der Grosse Rat auf dem gleichen Wege die Stelle wieder aufheben. Wo ein zeitweises Bedürfnis es verlangt, hat das Obergericht auf Antrag des Regierungsrates ausserordentliche Amtstatthalter zu bestellen. Das Obergericht regelt auch die Verteilung der Geschäfte unter den Amtstatthaltern.

In den übrigen Ämtern wählen die Bürger mit dem Amtstatthalter gleichzeitig auch einen Stellvertreter.

Im Amt Luzern haben sich die beiden Amtstatthalter im Verhinderungsfalle des einen gegenseitig zu vertreten. In den übrigen Ämtern wählen die Bürger mit dem Amtstatthalter gleichzeitig auch einen Stellvertreter.

In Fällen, in denen der Amtstatthalter und sein Stellvertreter an der Ausübung ihrer Obliegenheiten verhindert sind, sorgt das Obergericht für ausserordentliche Stellvertretung.

Zur Wählbarkeit als Amtstatthalter und Stellvertreter sind die gleichen Eigenschaften erforderlich wie für die Mitglieder des Grossen Rates.

Die Rechte und Pflichten der Amtstatthalter werden durch das Gesetz bestimmt.

(Abs. 4—6 unverändert.)

§ 72 der Kantonsverfassung ordnet die Wahl der Amtstatthalter. Die gegenwärtige Revision bezieht sich auf die Bestellung derselben insbesondere im Amt Luzern, das in die Abteilungen Luzern-Stadt und Luzern-Land zerfällt. Nach dem neuen Verfassungstext sind für die Abteilung Luzern-Stadt an Stelle eines Amtstatthalters inskünftig deren zwei zu wählen. Bei dauerndem Bedürfnis kann der Grosse Rat auf Antrag des Regierungsrates auf dem Dekretswege die Stelle eines weitem Amtstatthalters schaffen und sie nötigenfalls wieder aufheben. Das Obergericht regelt die Verteilung der Geschäfte unter den Amtstatthaltern; diese haben sich ausschliesslich ihrem Amte zu widmen.

Die Verfassungsänderung betrifft ausschliesslich eine Frage der kantonalen Verwaltungsorganisation und berührt das Bundesrecht nicht. Wir beantragen Ihnen deshalb; ihr durch Annahme des beiliegenden Beschlussesentwurfes die Gewährleistung des Bundes zu erteilen. »

Genehmigen Sie, Herr Präsident, hochgeehrte Herren, die Versicherung unserer vollkommenen Hochachtung.

Bern, den 3. Dezember 1941.

Im Namen des schweiz. Bundesrates,

Der Bundespräsident:

Wetter.

Der Bundeskanzler:

G. Bovet.

(Entwurf.)

Bundesbeschluss

über

die Gewährleistung des abgeänderten § 72 der Verfassung des Kantons Luzern.

Die Bundesversammlung
der schweizerischen Eidgenossenschaft,

in Anwendung von Art. 6 der Bundesverfassung,

nach Einsicht einer Botschaft des Bundesrates vom 3. Dezember 1941,

in Erwägung, dass die abgeänderten Verfassungsbestimmungen nichts
enthalten, das der Bundesverfassung widerspricht,

beschliesst:

Art. 1.

Der in der Volksabstimmung vom 7. September 1941 beschlossenen Ab-
änderung des § 72 der Verfassung des Kantons Luzern wird die Gewährleistung
des Bundes erteilt.

Art. 2.

Der Bundesrat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.

Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Gewährleistung des abgeänderten § 72 der Verfassung des Kantons Luzern. (Vom 3.Dezember 1941.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1941
Année	
Anno	
Band	1
Volume	
Volume	
Heft	31
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	4208
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	11.12.1941
Date	
Data	
Seite	1066-1069
Page	
Pagina	
Ref. No	10 034 628

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.